

Liebe Leserinnen und Leser,
hier ist mein Bericht von der Ratssitzung am 23.5.2019.

Aktuelle Anfragen

Aufgrund einer Anfrage von Tierschutz Freie Wähler zu **Vorkommnissen in der Nacht vom 13.5. in Oberbilk**, wo Dienstkräfte des Ordnungs- und Service-Dienstes (OSD) im Rahmen von Kontrollen von 20 Personen angegriffen wurden, teilte die Verwaltung mit, dass die Dienstkräfte des OSD regelmäßig bezüglich Deeskalationsmaßnahmen geschult werden. Gegen die Täter wurde durch die Dienstkräfte des OSD sofort Strafanzeige bei der Polizei gestellt. Die Stadt hat im Nachhinein ebenfalls Strafanzeige gestellt. Übergriffe auf Mitarbeiter* innen werden nicht hingenommen. Betroffene Dienstkräfte können das OPEN-TEAM (Organisierte Personalunterstützung für Extremeinsätze und Nachsorge) der Feuerwehr und die Gewaltopferambulanz in Anspruch nehmen. Die Rahmendienstvereinbarung zum Schutz vor Gewalt durch Dritte zeigt sowohl präventive Maßnahmen als auch Maßnahmen zur Vermeidung und Bewältigung von problematischen Situationen. Übergriffe sind trotzdem nicht auszuschließen.

Aufgrund einer Anfrage von Tierschutz Freie Wähler zur **Klage der Stadt Langenfeld gegen den Planfeststellungsbeschluss RRX** teilte die Verwaltung mit, dass sich die Klage auf die Nichtberücksichtigung eines Haltepunktes und Lärmschutzmaßnahmen richtet. Langenfeld und die Deutsche Bahn (DB) führen Gespräche zur außergerichtlichen Einigung. Die Verwaltung sieht keine nachhaltigen zeitlichen Auswirkungen auf Planung und Realisierung des RRX. In Düsseldorf wird frühzeitig in einen Dialog mit der DB vor Einleitung des Planfeststellungsverfahrens eingetreten. Möglichst sollen nur abgestimmte Inhalte in das Planfeststellungsverfahren eingebracht werden.

BÜ 90 fragte, warum eine **schwimmenden Hundewiese** am Rheinufer möglich ist, ein Badeschiff aber nicht. Die Verwaltung erläuterte, dass dieser Ponton 107 m lang und 10 m breit ist und durch einen Internetanbieter von Hundefutter betrieben wird. Der genutzte Steiger wurde durch die Bezirksregierung genehmigt, er wird durch die KD betrieben und vermarktet und ist für Personenschiffe mit bis zu 135 m Länge und 11,5 m Breite geeignet. Badeschiffe, die BÜ 90 seit vielen Jahren wünscht, hätten eine deutlich längere Liegezeit. Da der Steiger nicht an die dann notwendige Infrastruktur angeschlossen ist, kommt er für eine Nutzung für ein Badeschiff nicht in Frage.

Anfragen

Auf Anfrage von BÜ 90 teilte die Verwaltung mit, dass die Stadt in 196 **Städtenetzwerken** Mitglied ist und in der Regel in den entsprechenden Sitzungen vertreten ist. Der Rat und seine Ausschüsse werden anlassbezogen einbezogen.

Tierschutz Freie Wähler fragte nach den **Entwicklungen in der ambulanten Pflege**. Die Verwaltung stellte dar, dass es keinen kommunalen Pflegedienst gibt. Die Pflegesituation und -planung wird regelmäßig in der Konferenz Alter und Pflege thematisiert. Im Oktober 2018 hat ein Fachtag stattgefunden, in dem die Ausweitung der sozialräumlichen Pflege und Gesamtversorgungsverträge thematisiert wurden. Die stationären Pflegeeinrichtungen sollen mit ihren infrastrukturellen Ressourcen für den ambulanten Bereich mobilisiert werden.

Tierschutz Freie Wähler fragte nach dem Gutachten des BUND hinsichtlich der 80 **Wildbienenarten**, die ihren Lebensraum im Himmelgeister Deich haben. Stadtkämmerin Dorothee Schneider erläuterte, dass der Deich dringend saniert werden muss,

damit Itter, Himmelgeist, Wersten und Holthausen nicht überflutet werden. Bereits 2005 wurde durch das Landesumweltministerium entschieden, dass nach Prüfung verschiedener Varianten und unter Berücksichtigung eines effektiven Einsatzes von Finanzmitteln eine Sanierung des Deiches erfolgen soll und keine Rückverlegung. Bei der Sanierungsmaßnahme werden die Vorschriften des Naturschutzgesetzes beachtet. Die Verwaltung geht davon aus, dass bei einer Umsetzung der Bienen keine dauerhafte Beeinträchtigung erfolgt. Vor und während der Baumaßnahme werden geeignete Maßnahmen umgesetzt. Das involvierte Ingenieurbüro wurde um eine Stellungnahme zu den aktuellen Ausführungen des BUND gebeten. Die Erkenntnisse fließen in das Planfeststellungsverfahren mit ein. Die Bezirksregierung wird einen Abwägungsprozess durchführen, sie kann Nebenbestimmungen festlegen.

Die SPD fragte nach **Düsseldorf in und für Europa**. Die Verwaltung erläuterte, dass Düsseldorf 2016 als europaaktive Stadt durch das Land ausgezeichnet wurde. 2018 erhielt die Stadt eine Förderung der europäischen Kommission für das Europe Direct Informationszentrum. 2018 konnte dadurch 20 Veranstaltungen durchgeführt werden wie Planspiele für Schüler*innen, Reisen nach Brüssel und Straßburg, Diskussionen mit Studierenden etc. Europäische Themen werden auf einer Webseite, in Facebook und YouTube aufgegriffen. In diesem Jahr steht das Thema Europawahl im Vordergrund. Die Verwaltung hat im Rat der europäischen Regionen und in Eurocities das Engagement auf politischer und Arbeitsebene ausgebaut. 6 Vertreter*innen des Rates sind in Ausschüsse entsandt, bald ist eine Sitzung der Deutsch-Französischen Arbeitsgruppe in Düsseldorf geplant. Das Europe Direct Informationszentrum ist gekoppelt an das zentrale Fördermanagement. Durch den engen Fachaustausch ist die Stadt in die Konzeption der neuen Förderperiode der EU ab 2021 eingebunden. Durch die Zusammenarbeit werden die internationalen Kompetenzen der Mitarbeiter*innen ausgebaut.

Die CDU fragte nach den Plänen bei großflächigen und langanhaltenden **Stromausfällen**. Die Verwaltung führte aus, dass großflächige Stromausfälle sehr selten sind. Es existieren modulare Notfallpläne je nach Art und Umfang des Schadensereignisses. Die Zusammenarbeit mit Polizei, Feuerwehr, technischem Hilfsdienst und Stadtwerken wird regelmäßig geprobt. Das Bundesamt für Bevölkerungs- und Katastrophenschutz informiert die Bürger*innen, wie sie sich selbst vorbereiten können. Die Feuerwehr verfügt über eigene Tankstellen, die über Notstromaggregate gesichert sind. Die öffentlichen Einrichtungen (Stadtentwässerung, IT der Stadtverwaltung etc.) verfügen über unterbrechungsfreie Notstromversorgung.

Anträge der Fraktionen

Der Rat beauftragte auf Antrag von SPD, BÜ 90 und FDP gegen die Linken die Verwaltung, einen Maßnahmenkatalog gegen den **Fachkräftemangel** insbesondere im Pflegebereich inkl. Rettungsdienst und Geburtshilfe sowie im Kindertagesstättenbereich zu erstellen. Darin soll dargestellt werden, was die Verwaltung dazu beitragen kann, um dem Mangel entgegenzuwirken. Bei der Erstellung soll die LIGA Wohlfahrt einbezogen werden. Der Maßnahmenkatalog soll dem Ausschuss für Gesundheit und Soziales, dem Jugendhilfeausschuss, dem Seniorenrat, dem Integrationsrat und dem Rat vorgelegt werden.

Der Rat forderte auf Antrag von BÜ 90, SPD und FDP einstimmig die Verwaltung auf, die konsequente Verwendung von **Mehrweggeschirr bei öffentlichen Veranstaltungen** mit der Vorgabe der städtischen Abfallsatzung zu stärken. Die neue Geschäftsanweisung Abfall, auf die jeder Veranstalter hingewiesen werden soll, soll entsprechende Regelungen erhalten. Auch soll die Öffentlichkeitsarbeit verstärkt werden.

Auf Antrag von SPD, BÜ 90 und FDP beauftragte der Rat einstimmig die Verwaltung, im Sinne der Klimaneutralität Maßnahmen und Regelungen für eine **umwelt- und klimafreundliche Energieversorgung für Großveranstaltungen** auf öffentlichen Flächen und in städtischen Veranstaltungsstätten zu erarbeiten und zu implementieren. Die Expertise von Veranstaltern soll einbezogen werden. Geprüft werden soll, ob mit einer emissionsabhängigen Tarifstruktur ein Marktanreiz für die Verwendung besonders umweltfreundlicher Technologien zur Stromerzeugung geschaffen werden kann. Aus einem Ergänzungsantrag der CDU wurde übernommen, dass die entsprechenden Maßnahmen und weiteren Vorgehensweisen den Fachausschüssen zeitnah vorgelegt werden. Dabei soll untersucht werden, bei welchen Großveranstaltungen bislang Benzin- und Dieselgeneratoren eingesetzt werden. Die CDU zog daraufhin ihren Antrag zurück.

Auf Antrag von SPD, BÜ 90 und FDP beauftragte der Rat einstimmig bei 2 Enthaltungen die Verwaltung, die **Fördermitglied in der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen in Europa** zu beantragen und die Mittel für den Jahresbeitrag in Höhe von derzeit 4.750 Euro bereitzustellen. Mit der Fördermitgliedschaft ist die Mitarbeit in den Lenkungsgruppen des Netzwerkes verbunden und somit die unmittelbare Positionierung der europapolitischen Interessen der Kommune gegenüber Land, Bund und europäischer Ebene.

Der Antrag von Tierschutz Freie Wähler, die Rheinbahn aufzufordern, unverzüglich jeden **Unfall, in den Tiere** verwickelt sind, statistisch zu erfassen, wurde nicht mehr abgestimmt, nachdem die Verwaltung erklärte, dass die Rheinbahn dies jetzt macht.

Der Antrag von Tierschutz Freie Wähler, die Verwaltung mit der Prüfung von geeigneten Standorten für die **Errichtung eines Wal-Denkmal**s zu beauftragen, wurde abgelehnt.

Die Linke hatte einen Antrag auf **Erlaß einer Satzung zum Schutz und Erhalt von Wohnraum** eingereicht verbunden mit der Einrichtung einer Abteilung Wohnraumschutz und der Bereitstellung von Personalstellen und hierzu erforderlichen Mitteln. Die FDP erklärte, dass die Ampelfraktionen die dauerhafte kurzfristige Anmietung von Wohnraum vermeiden wollen. Bis zur nächsten Ratssitzung soll eine wirksame Satzung zum Schutz und Erhalt von Wohnraum erarbeitet werden. Darauf stellte die Linke ihren Antrag bis zur nächsten Sitzung zurück.

Abgelehnt wurde der Antrag der CDU in namentlicher Abstimmung (beantragt von Tierschutz Freie Wähler) von SPD, FDP, BÜ 90 die gestrichenen Stellen im pädagogischen Bereich der **Clara-Schumann-Musikschule** zu erhalten und wieder zu besetzen, das Entwicklungskonzept für die Musikschule nach der Sommerpause vorzulegen und Planungsmittel für einen Erweiterungsbau an der Prinz-Georg-Straße 80 bereitzustellen. Der Oberbürgermeister führte aus, dass der Musikschulunterricht zu 60 % subventioniert wird. Er stellte dar, dass zwar 16 % der Kinder einen Düsselpass haben, an der Musikschule aber weniger als 5 % Kinder Düsselpassinhaber sind. Deshalb stellte er fest, dass wir mit dem subventionierten Angebot nicht die erreichen, die wir erreichen wollen. Deshalb stellt sich die Frage, wie stellen wir flächendeckend ein für alle bezahlbares sozial gestaffeltes Angebot dar. Daher hält er es für sinnvoll, Angebote privater Musikschulen einzubeziehen und diesen beispielsweise Schulräume nach der Schulzeit zur Verfügung zu stellen. Der Oberbürgermeister räumte ein, dass die Erarbeitung eines neuen Konzeptes durchaus schwierig ist. Deshalb gab es aufgrund der Anträge der Ampel-Fraktionen bisher lediglich einen Zwischenbericht. Nach der Sommerpause soll die Stelle der Leitung der Clara-Schumann-Musikschule besetzt und das Konzept vorgelegt werden.

Die CDU hatte beantragt, die **Richtlinien für Kunst am Bau im öffentlichen Raum** zu ändern und insbesondere die Berichtspflichten hinsichtlich der Finanzmittel zu detaillieren. Peter Knäpper (SPD) wies darauf hin, dass die Kunstkommission keine eigenen Mittel verwaltet und im Juni ohnehin eine Evaluierungssitzung stattfindet. Die Verwaltung sicherte zu, anschließend den Rat zu informieren, daraufhin zog die CDU ihren Antrag zurück.

Abgelehnt wurde der Antrag der CDU, den Oberbürgermeister aufzufordern, sich bei der Landesregierung dafür einzusetzen, dass entsprechend der städtischen Förderung der **Ankauf von Mietpreis- und Belegungsbindungen** im Bestand in die Wohnraumförderung für Kommunen mit nachfrageintensiven Wohnungsmärkten aufgenommen wird, noch stärkere Werbung für das städtische Förderprogramm zu machen und Fördermittel in Höhe von 761.400 Euro einzuplanen. Beschlossen wurde gegen die CDU ein Alternativantrag von SPD, BÜ 90, FDP, die Landesregierung aufzufordern, den Ankauf von Mietpreis- und Belegungsbindungen im Bestand als zusätzlichen Baustein in die Wohnraumförderung des Landes aufzunehmen. Die Verwaltung soll prüfen, ob und mit welchen Maßnahmen das städtische Förderprogramm noch stärker beworben werden kann. Bisher reichten die eingeplanten Mittel aus, um die angebotenen Belegungsbindungen zu finanzieren. Trotz Werbekampagnen finden sich nur wenige Eigentümer, die bereit sind, der Stadt Wohnungen auf dieser Basis für Wohnungssuchende zur Verfügung zu stellen.

Beschlossen wurde auf Antrag von CDU, SPD, BÜ 90 und FDP gegen Piraten, Enthaltung Linke, eine **Machbarkeitsstudie für ein regionales Wasserbusssystem** auf dem Rhein erstellen zu lassen und hierfür Fördermittel beim Land zu beantragen.

Linke und SPD hatten einen Antrag zur Gemeinnützigkeit von zivilgesellschaftlichen Organisationen gestellt. Beschlossen wurde schließlich gegen CDU, FDP, Rep, AfD ein Antrag in einer von BÜ 90 eingebrachten veränderten Fassung: der Rat dafür setzt sich dafür ein, dass gemeinnützige Vereine selbstverständlich auf politische Bildungsarbeit leisten dürfen. **Gemeinnützigkeit und politische Arbeit** sind keine Widersprüche. Landes und Bundesregierung werden aufgefordert, rechtliche Sicherheit dafür zu schaffen, dass gemeinnützige Vereine an der politischen Willensbildung mitwirken.

Die Linken hatten einen Antrag „**Blumenwiesen statt Steinwüsten**“ eingereicht. Beschlossen wurde dann ein Antrag von BÜ 90 und SPD bei einigen Enthaltungen der CDU. Der Rat beauftragte die Verwaltung zu prüfen, mit welchen Instrumenten auf eine möglichst ökologische und klimaangepasste Gestaltung von Vorgärten und anderen nicht überbauten privaten Grundstücksflächen hinwirken kann. Neben planungsrechtlichen Maßnahmen sollen auch Informations- und Beratungsangebote sowie die Nutzung von Förderprogrammen berücksichtigt werden. Die Ergebnisse sollen den Fachausschüssen nach den Sommerferien vorgestellt werden

Bericht aus der Kleinen Kommission RRX Rhein-Ruhr-Express

Zum Abschnitt Hellerhof-Reisholz wurde berichtet, dass der Bürgerdialog nur eine geringe Resonanz hatte. 25 Online-Voten sprachen sich einhellig für die Variante „Tieferlegung“ aus. Die Bahn favorisiert jedoch die Variante „Hochlage“ wegen um 15 Mio Euro geringerer Kosten und 9 Monaten kürzerer Bauzeit und weil das Kreuzungsbauwerk weiter von der Wohnbebauung verschoben werden kann. Lärmabschätzungen beider Varianten werden Ende Mai erwartet. Die Stadtverwaltung wird die Varianten und den Bürgerdialog auswerten und den politischen Gremien nach der Sommerpause einen Vorschlag für das Planfeststellungsverfahren vorlegen.

Hinsichtlich des Abschnittes Angermund arbeitet die DB die Ergebnisse des Bürgerdialogs auf. Es wird eine Alternativvariante zur Stabbogenbrücke der Straßenüberführung Angermunder Straße mit Vergleich der Vor- und Nachteile der Konstruktionsvarianten erarbeitet. Um die vom Rat vorgegebene Zielmarke von 90 % für den Lärmschutz zu erreichen, wird eine 5,0 m hohe Lärmschutzwand in die Planung aufgenommen. Die sich aus dem Ratsbeschluss von März 2018 ergebenden Forderungen der Stadt (Bahnsteigdach, transparente Elemente in den Lärmschutzwänden) befinden sich noch in der Abstimmung und werden hinsichtlich der Umsetzbarkeit auch im Hinblick auf die Finanzierung geprüft. Der Projektablauf sieht das Einreichen der Planfeststellungsunterlagen voraussichtlich Mitte 2020 vor. Vor der Offenlage wird die DB eine weitere Bürgerinformation durchführen.

Hinsichtlich des Entwurfs der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung für den Abschnitt Reisholz-Wehrhahn bekräftigte die Kleine Kommission die von der Verwaltung angestrebte Aufnahme der in der Entwurfsfassung enthaltenen strittigen Punkte insbesondere zur Entfernung von Schmierereien und Graffitis, zur Absicherung der schallabsorbierenden Wirkungen von Lärmschutzwänden und zur Kontrolle der besonders überwachten Gleisabschnitte durch die Stadt.

Nach Anzeige vermeintlicher Baumschäden durch Saugbagger im Rahmen der Untersuchung zur Standfestigkeit der Stützwände in der Gustav-Poensgen-Straße hat sich der RRX-Koordinator zusammen mit dem Gartenamt die Situation vor Ort angeschaut und dem Hinweisgeber geantwortet. Die Stammbereiche der Bäume sind durch parkende Autos stark beeinträchtigt. Baumschäden aufgrund des Einsatzes des Saugbaggers konnten jedoch nicht festgestellt werden. Dem Hinweisgeber wurde das Angebot eines gemeinsamen Ortstermins unterbreitet.

Für den Abschnitt Unterrath - Kalkum erwartet die DB die Offenlage der Planunterlagen in der zweiten Jahreshälfte 2019. Die von der DB beim Eisenbahnbundesamt eingereichten Unterlagen berücksichtigen die den politischen Gremien bekannten Forderungen der Stadt. Den landschaftspflegerischen Begleitplan und die Umweltverträglichkeitsuntersuchung wird die DB nachreichen, sobald sie fertiggestellt sind.

Verwaltungsvorlagen

Der Rat beschloss einstimmig neue **Richtlinien über die Erhebung von Entgelten für Leistungen der chemisch-biologischen Laboratorien**. Aufgrund einer Betriebsprüfung unterliegen Erträge von externen Auftraggebern nun der Umsatzsteuer.

Der Rat beschloss gegen Linke die **Geschäftsordnung des Hochhausbeirates**, die Einrichtung einer Geschäftsstelle für Wettbewerbe und Beteiligung sowie für den Hochhausbeirat die Besetzung einer Stelle innerhalb des Stadtplanungsamtes für die Betreuung der Geschäftsstelle zum nächstmöglichen Zeitpunkt sowie die Bereitstellung der hierfür erforderlichen Haushaltsmittel. Der Hochhausbeirat soll die Entwicklung des Hochhausrahmenplans sowie kontinuierlich die Hochhausentwicklung in Düsseldorf begleiten. Er wird sich aus Vertretern der Ratsfraktionen, aus externen Architekten, Stadtplanern, Landschaftsarchitekten und Immobilienwirtschaftlern zusammensetzen. Eine bereichsübergreifende Geschäftsstelle soll den Überblick über alle laufenden Wettbewerbs- und Qualitätssichernden Verfahren behalten und eine koordinierende Rolle übernehmen.

Der Rat beauftragte einstimmig die Verwaltung mit der Erarbeitung einer **Smart-City-Strategie** mit dem Ziel, laufende Projekte der einzelnen Fachbereiche und neue Projekte strategisch miteinander zu vernetzen. Es sollen Fördermittel des Bundes beantragt werden. Die Stadt rechnet mit einem Eigenanteil für die Entwicklung einer Strategie in Höhe von bis zu 0,875 Mio. Euro, der in der Haushaltsplanung für 2020/21 berücksichtigt werden soll. Die Aufwendungen für die Umsetzungsphase können noch

nicht beziffert werden. Mit einer beschlussfähigen Strategie wird im Jahr 2020 gerechnet. Auf Antrag von BÜ 90, SPD und FDP wird zur Begleitung der Strategieentwicklung eine Kleine Kommission „Smart City Düsseldorf“ eingerichtet, in der die Ratsfraktionen mit je einem Sitz vertreten sind.

Schulorganisatorische Maßnahmen

Im Rahmen der **Wiedereinführung des neunjährigen Bildungsgangs an Gymnasien** (G9) beschloss der Rat einstimmig

- am Görres-Gymnasium, Königsallee 57, die Reduzierung der Zügigkeit um einen halben Zug auf drei Züge zum Schuljahr 2023/2024;
- am Cecilien-Gymnasium, Schorlemerstraße 99 die Bildung eines Teilstandortes am Standort Comeniusstraße 1 zum Schuljahr 2022/2023.

Der Rat beauftragte die Verwaltung für die im Folgenden aufgeführten Schulstandorte die ggfls. erforderlichen Ausführungs- und Finanzierungsbeschlüsse herbeizuführen:

- Humboldt-Gymnasium, Pempelforter Straße 40 Schaffung der baulichen Voraussetzungen zur Beibehaltung der Fünfzügigkeit im Rahmen von G9
- Leibniz-Montessori-Gymnasium, Scharnhorststraße 8 Schaffung der baulichen Voraussetzungen zur Beibehaltung der Dreizügigkeit im Rahmen von G9. Die Verwaltung wird beauftragt die Schaffung der baulichen Voraussetzungen zur Erhöhung der Zügigkeit zu prüfen.
- Geschwister-Scholl-Gymnasium, Redinghovenstraße 41, Schaffung der baulichen Voraussetzungen zur Beibehaltung der Fünfzügigkeit im Rahmen von G9
- Cecilien-Gymnasium, Schorlemerstraße 99, Schaffung der baulichen Voraussetzungen zur Beibehaltung der Fünfzügigkeit im Rahmen von G9
- Gymnasium Gerresheim, Am Poth 60, Schaffung der baulichen Voraussetzungen zur Beibehaltung der Fünfzügigkeit im Rahmen von G9. Die IPM soll mit dieser Maßnahme beauftragt werden.
- Marie-Curie-Gymnasium, Gräulinger Straße 15, Schaffung der baulichen Voraussetzungen zur Beibehaltung der Vierzügigkeit im Rahmen von G9. Die IPM soll mit dieser Maßnahme beauftragt werden.
- Annette-von-Droste-Hülshoff-Gymnasium, Brucknerstraße 19, Schaffung der baulichen Voraussetzungen zur Beibehaltung der Fünfzügigkeit im Rahmen von G9
- Gymnasium Koblenzer Straße, Theodor-Litt-Straße 2, Schaffung der baulichen Voraussetzungen zur Beibehaltung der Fünfzügigkeit im Rahmen von G9
- Schloß-Gymnasium Benrath, Hospitalstraße 45, Schaffung der baulichen Voraussetzungen zur Beibehaltung der Vierzügigkeit im Rahmen von G9

Der Rat ermächtigte die Verwaltung die bereits durch einen Grundsatzbeschluss legitimierten Planungen für folgende Projekte um die notwendigen Flächen für G9 zu erweitern:

- Gymnasium Heinzelmännchenweg, Heinzelmännchenweg, Errichtung eines vierzügigen Gymnasiums (Schulorganisatorische Maßnahmen SOM IV vom 07.07.2016)
- Luisen-Gymnasium, Neubau eines vierzügigen Gymnasiums (Einzelbeschluss vom 12.07.2018)
- Lessing-Gymnasium, Ellerstraße 84/94, Erhöhung der Zügigkeit um einen auf vier Züge (SOM V vom 21.09.2017). Die IPM soll mit dem gesamten Projekt beauftragt werden.
- Wim-Wenders-Gymnasium, Schmiedestr. 25, Errichtung eines vierzügigen Gymnasiums (SOM III vom 06.11.2015)
- Comenius-Gymnasium, Hansaallee 90, Erhöhung der Zügigkeit um einen Zug auf fünf Züge (SOM IV vom 07.07.2016)

Die Kämmerin wurde ermächtigt Haushaltsmittel für den notwendigen Stellenbedarf von 1,57 Sachbearbeiter*innenstellen und 6,4 Bauprojektleiter*innenstellen in Höhe von 684.017 EUR bereitzustellen. Die Stellen sollen sofort besetzt werden.

Der Rat ermächtigte die Kämmerin, Planungsmittel in 2019 in Höhe von 1.5 Mio. Euro überplanmäßig bereitzustellen sowie jeweils Mittel in Höhe von 2,5 Mio. Euro in den Haushalt 2020 und 2021 einzubringen.

Personalien

Der Rat

- beschloss, Herrn Heinz Josef Scheuren in den Ausschuss des Deichverbandes Neue Deichschau Heerdt zu entsenden;
- bestätigte die vom Jugendrat benannten beratenden Mitglieder in den Ausschüssen;
- entsandte die stellvertretende Leiterin des Wirtschaftsförderungsamtes, Theresa Winkels anstelle von Uwe Kerkmann in den Aufsichtsrat der Digital Innovation Hub Düsseldorf/Rheinland GmbH;
- bestellte Frau Dipl. Ing. Julia Schulze Döring und Herrn Michael Fielenbach erneut zu stellvertretenden Mitgliedern des Umlegungsausschusses.

Bauen

Der Rat beauftragte die Verwaltung, die Planung durchzuführen und eine Kostenberechnung zu erstellen:

- **Rhein-Ruhr-Express (RRX)** – Bauwerksplanung der DB Netz AG im Planfeststellungsabschnitt 2.0 Hellerhof – Reisholz hier: Benrath und Reisholz. Planung der Personenunterführung (PU) Paulsmühlenstraße mit einer durchgängigen lichten Breite von 9,0 m und einer lichten Höhe von 3,5 m sowie eine Anbindung des künftigen RRX-Mittelbahnsteigs an die PU Paulsmühlenstraße. Die Verwaltung soll darauf hinwirken, dass der östliche Zugang zum Bahnhofsgebäude barrierefrei hergestellt, der Zugangsbereich baulich aufgeweitet und eine Kostenberechnung erstellt wird.

Auf Grundlage der Machbarkeitsstudie soll die städtebaulichen Planung für das Bahnhofsumfeld, zunächst unter Berücksichtigung einer attraktiven Wegeverbindung von der PU Paulsmühlenstraße zum Benrather Zentrum, der Errichtung eines Fahrrad-Parkturms auf der Ost- und einer Fahrradstation auf der Westseite des Bahnhofes sowie der Standortplanung für eine Mobilstation fortgesetzt werden. Die darüber hinausgehenden Zielvorstellungen der Machbarkeitsstudie sollen im Rahmen eines Gesamtkonzeptes für das Umfeld des Bahnhofs Benrath vertieft geprüft werden.

Zu den Eisenbahnüberführungen (EÜ) Hildener Straße und Bamberger Straße wird die Stadt kein einseitiges städtisches Verlangen aussprechen. Zur EÜ Forststraße wird die Stadt fordern, dass die volle Einsehbarkeit von der Fahrbahn auf Geh- und Radweg hergestellt wird. Zur EÜ Henkelstraße wird die Stadt einfordern, dass künftig beidseitig Bushaltestellen unter der EÜ angelegt werden können. Vorläufiger Kostenanteil der Stadt (Gesamtkosten brutto) 14,6 Mio. EUR (gegen Tierschutz Freie Wähler).

- **Unterrather Straße – Klinke 2. Bauabschnitt** mit vorläufigen Kosten von 1,1 Mio. Euro. Nachdem der Platzbereich „Klinke 1. Bauabschnitt“ 2008 umgebaut wurde, soll im nächsten Bauabschnitt die Unterrather Straße neu gegliedert und mit Tempo 30 versehen werden. Die Straßenbahngleise werden zurückgebaut und die Fahrbahnbreite auf 6 m mit Senkrechtparkständen sowie 5,50 zwischen Hoferhofstraße und Lärmschutzwand mit Längsparkständen reduziert. Es werden 47 Parkplätze angelegt, 13 neue Bäume gepflanzt und 17 Leuchten ersetzt. Der Ausführungs- und Finanzierungsbeschluss soll im 2. Halbjahr 2019 gefasst, die Arbeiten sollen 2020 ausgeführt werden (Enthaltung Linke, Tierschutz Freie Wähler);
- **Denkmalgerechte Innensanierung des Rathauses Benrath** mit vorläufigen Kosten von 5,35 Mio. Euro. Durch Flächenoptimierung, Nutzbarmachung von Lagerflächen und die Umwandlung der nebenamtlichen Hausmeister-Dienstwohnung

sollen zusätzliche Büroflächen geschaffen werden. Die Maßnahmen umfassen Innenwände, Bodenbeläge, Fenster, Türen, Dachdämmung, Wasserleitungen, Elektrotechnik, Brandschutz, Feuchtigkeitsschäden im Souterrain, Erweiterung des Aufzuges, Induktionsschleife für den Sitzungssaal. Während der Bauzeit (1. Quartal 2021 bis 3. Quartal 2021) werden die Sitzungen der BV 9 in der benachbarten Schulaula stattfinden. Zum Ausführungs- und Finanzierungsbeschluss soll ein Nutzungskonzept vorgelegt werden (einstimmig);

- **Bergische Landstraße, Doppelstockkanäle** mit vorläufigen Gesamtkosten von 12 Mio. Euro. Der Regenwasserkanal soll im Bereich von Hahnenfurther und Aprather Straße auf einer Länge von 330 Metern sowie zwischen den Bushaltestellen Gallberg und Blanckertzstraße auf einer Länge von 790 Metern gebaut und der Schmutzwasserkanal erneuert werden. Baubeginn ist im Oktober 2022 geplant, Fertigstellung bis Februar 2025 (einstimmig);
- **Akademiestraße 2, Verlegung von Informations- und Kommunikationstechnik** mit vorläufigen Kosten von 1,5 Mio. Euro. Die Informations- und Kommunikationstechnik aus dem 1. und 3. Obergeschoss soll im Kellergeschoss zentralisiert werden, das hierzu ausgebaut und ertüchtigt wird. Die Bauarbeiten sollen 2020 ausgeführt werden (einstimmig).

Der Rat beschloss einstimmig Ausführung und Finanzierung der folgenden Projekte:

- **Wim-Wenders-Gymnasium, Neubau eines vierzügigen Gymnasiums mit einer Dreifachsporthalle am Standort Schmiedestraße 25** mit Gesamtkosten in Höhe von 58,7 Mio. Euro, davon 1,7 Mio. Euro Landesmittel. Im ehemaligen Hauptschulgebäude Schmiedestraße befindet sich seit 2017 das neue Gymnasium im Aufbau. Das Gebäude wird abgebrochen. Auf der benachbarten Erweiterungsfläche wird das Gymnasium während der Bauzeit zwischen dem 1. Quartal 2020 und dem 1. Quartal 2023 zunächst in einer 3-geschossigen Containeranlage untergebracht. Der Schulneubau setzt das Konzept einer modernen Lernlandschaft mit flexiblen Nutzungen um. Alle Unterrichtsräume werden mit neuer Datentechnik, beschreibbaren Projektionsflächen und interaktiven Beamern ausgestattet. Die Dreifachsporthalle mit einer Zuschauertribüne für 300 Besucher*innen und der Gymnastiksaal sind für schulische Veranstaltungen mit bis zu 600 Personen nutzbar. Für erste Kosten stellte der Rat 4,1 Mio. Euro überplanmäßig bereit und ermächtigte die Verwaltung, das erforderliche Personal bereitzustellen und zu finanzieren;
- **Erweiterung der Kindertageseinrichtung Sulzbachstraße 6** mit Gesamtkosten von 3,26 Mio. Euro. Durch den Erweiterungsbau wird die Kindertageseinrichtung von 4 auf 6 Züge erhöht. Es besteht zusätzlicher Personalbedarf für 6 Vollzeitstellen ab 2020. Es wird mit Landesmitteln in Höhe von 1,35 Mio. Euro gerechnet. Die Fertigstellung soll im 4. Quartal 2020 erfolgen. Die Maßnahme wird durch die Immobilien Projekt Management GmbH (IPM) abgewickelt.

Bei der langen Sitzungsdauer lässt die Aufmerksamkeit schon mal etwas nach. Deshalb können mir durchaus Fehler unterlaufen, insbesondere bei den Abstimmungsergebnissen. Insofern darf ich hier auf die offizielle Niederschrift der Ratssitzung verweisen.

Mit freundlichen Grüßen
Helga Leibauer

V.i.S.d.P.: Helga Leibauer, Am Pesch 28, 40625 Düsseldorf, Tel.: 0211 – 29 82 20,
Email: helgaleibauer@arcor.de